

Bleibt alles ganz anders?

Die Corona-Krise als gesellschaftlicher Deutungs- und Lernprozess

Die gegenwärtige Pandemie verändert das Leben jedes Einzelnen und das Zusammenleben vieler in der Gesellschaft massiv. Sie hat weltweit viel Unsicherheit und Leid verursacht. Zur Bekämpfung des neuartigen Virus und der Pandemie wurden hierzulande vielfältige und der neuen Situation angemessene Maßnahmen ergriffen. Wirksam konnten sie aber nur werden, weil die Gesellschaft in einer so bislang nicht gekannten Form sich dem stellte. Zu Recht werden die Leistungen besonders der Beschäftigten im Gesundheitswesen, im Pflegedienst, des öffentlichen Betreuungs- und Versorgungswesens, die das Ganze aufrechterhalten, gewürdigt. Und Epidemiologen fanden ein bislang für Wissenschaftler nicht gekanntes Gehör in der Politik und der medialen Welt.

Doch die Corona-Krise ist vor allem ein gesellschaftliches Phänomen. Wie sie bewältigt wird und vor allem welche Konsequenzen daraus gezogen werden, wird ganz wesentlich mitbestimmen, wie wir in Zukunft leben, arbeiten, miteinander umgehen werden. Diese Krise ist deshalb nicht nur für Naturwissenschaftler und Mediziner, sondern auch für die Sozialforschung eine große Herausforderung. Wie die meisten, wurden auch die Sozialforscher vom abrupten Ausbruch dieser Krise überrascht. Inzwischen sind jedoch eine Reihe entsprechender Forschungsprogramme aufgelegt (u. a. WZB, TU Berlin, Forschungseinrichtungen in Wuppertal, Leipzig, Frankfurt am Main) und der sozialwissenschaftliche Diskurs nimmt Fahrt auf. Doch ist auch klar, dass eine ernsthafte Reflexionsarbeit zu einer solchen, zumal zu einer solch besonderen Krise Zeit benötigt. Sozialwissenschaftler interessiert hierbei vor allem auch die Frage, wie die Gesellschaft der Nach-Corona-Zeit aussehen könnte: „Völlig anders“, „Kaum anders“, „Offen und gegenwärtig noch unbestimmt“ lauten erste und zumeist noch allgemeine Antworten und Prognosen.

Um sich dem zu nähern, ist zuerst zu fragen, wovon die gesellschaftlichen Folgen einer solchen Krise abhängen. Diese werden – so zeigen auch historische Erfahrungen – nicht unwesentlich davon bestimmt, wodurch diese Krise letztlich hervorgerufen und verschärft wurde; welche gesellschaftlichen Praktiken in der Krise sich verändern und schließlich Dominanz erlangen; welche Alternativen sich mit ihr auftun und wie sich die Kräfteverhältnisse in und nach der Krise gestalten. Dies alles trägt Prozesscharakter, erfordert genaue Beobachtungen und kann gegenwärtig nicht abschließend beantwortet werden. Doch -

die gesellschaftlichen Folgen dieser Krise werden keineswegs nur durch objektive Gegebenheiten bestimmt, sondern gerade auch durch „politische Deutungskämpfe“; deren Intensivierung wird die erste Folge der Krise sein (Zürn 2020). Hier ist auch die gesellschaftskritische Sozialforschung besonders gefragt, wenngleich der dringend gebotene sozioökonomische und gesellschaftliche Wandel schließlich einen breiten gesellschaftlichen Konsens bedingt.

Welche Fragen, d. h. vor allem welche praktischen Probleme in dieser Krisensituation und welche gesellschaftlichen Herausforderungen, werden in diesen Deutungskämpfen und Lernprozessen eine besondere Rolle spielen? Aus meiner Sicht werden es vor allem die folgenden sein:

Erstens: Zur Deutung der Krise

Covid-19 wurde, auch weil frühere Risikoanalysen mit ihren Notfallplänen und strategischen Schlussfolgerungen (in Deutschland vor allem die des Robert-Koch-Instituts aus dem Jahre 2012) unbeachtet blieben, schnell zu einer Pandemie mit weitreichenden Gefährdungen für das Leben und Überleben von Menschen. Bald zeigte sich jedoch, dieser Virus trifft nicht nur Körper und Geist des Menschen, sondern zugleich Körper und Geist der Gesellschaft.

„Corona-Krise“ ist dafür zum geflügelten Wort geworden.

Krisen sind jedoch keine neue Erscheinung. Sie sind Teil der Menschheitsgeschichte. Und als politische, ökonomische, soziale Krisen werden sie zum Phänomen der Neuzeit, zu einem Merkmal moderner Gesellschaften. Als Abweichung von der Normalität, als Ausnahmezustände sind sie aber in der Regel nicht mehr im bislang bestimmenden und gewohnten Entwicklungsmodus zu bewältigen. Gesellschaftliche Krisen beschleunigen zumeist historische Prozesse, verweisen auf Übergangsphasen, auf eine offene Zukunft mit unterschiedlichen Entwicklungsmöglichkeiten. Sie können sowohl zur Überwindung und Verbesserung der entstandenen Situation führen, aber auch zu gesellschaftlichen Zusammenbrüchen und Katastrophen (vgl. auch Steg 2020).

Die gegenwärtige Corona-Krise weist eine Reihe besonderer Merkmale auf. Sie ist vor allem eine globale und gesamtgesellschaftliche Krise. Schon zu Beginn dieser Pandemie, dieser neuartigen Krankheit, waren 180 Länder davon betroffen. Gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse über deren Verlauf liegen nicht vor, ebenso kein Gegenmittel (Impfstoff, Medikamente). Beispiellos wurde in dieser Krise das öffentliche Leben eingestellt, was zu einer „radikalen Entschleunigung“ (Rosa 2020) führte. Diese Corona-Krise fällt mit den seit einiger Zeit sich schon abzeichnenden wirtschaftlichen Rezessions- und Krisenerscheinungen zusammen, was diese Krise beträchtlich vertieft und zuspitzt. Sie ist mithin Teil der

traditionellen Krisenentwicklung im Kapitalismus. Und ihre Folgen werden die der Finanzkrise 2008/2009 noch weit übertreffen. Ökonomen unterschiedlicher Zunft prognostizieren inzwischen den größten Einbruch bei den Wirtschaftsleistungen seit Ende des 2. Weltkrieges, eine enorm steigende Zahl von Insolvenzen, Arbeitslosen und Kurzarbeitern. Gerade diese jetzige Krise zeigt, wie schnell und wie überraschend festgefügte Strukturen plötzlich ins Wanken geraten können und dass das vordem als Unmöglich angenommene plötzlich möglich werden kann.

In solchen akuten Krisensituationen sind unterschiedliche, ja entgegengesetzte Entwicklungsszenarien möglich. So wurde die große Depression und Weltwirtschaftskrise Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts zum Hintergrund und historischen Ausgangspunkt einerseits für die New-Deal-Transformation („Sozialstaatlich regulierter Kapitalismus“ in den USA und nach dem 2. Weltkrieg in West- und Nordeuropa sowie im asiatischen Raum und als besondere Variante das „Schwedische Wohlfahrtsmodell“), andererseits für die Staatssozialistische Transformation (Sowjetrussland), schließlich jedoch auch für die nationalsozialistische/faschistische Machteroberung (Deutschland, Italien, Japan) und den diktatorischen Umbau der Gesellschaft (zu diesen Transformationen s. Reißig 2009: 43-65).

Wenngleich auch keine direkten Parallelen zur Zeit der 1920er/30er Jahre herzustellen sind, verkörpert die weltweite Corona-Krise doch eine historische Zäsur und Weggabelung und kann zu unterschiedlichen Gesellschaftsformen in der Nach-Corona-Ära führen. Denn diese Krise beinhaltet nicht wenige Risiken: Soziale Abstiege und wachsende soziale Ungleichheiten, massenhafte Insolvenzen und Jobverluste, Abschottung und Grenzsicherungen, Notverordnungen und Einschränkungen von demokratischen Grundrechten, Stilllegung des öffentlichen Diskurses, Ressentiments gegen Zuwanderer und Fremde. Aber sie bringt auch historische Öffnungen und Chancen für politischen, sozialen, ökologischen Wandel hervor: Krise des bislang dominierenden neoliberalen Entwicklungsmodells, Rückkehr des Staates und der Politik, wirtschafts- und sozialpolitische Programme, Welle der Solidarität in der Zivilgesellschaft. Wohin das Pendel in dieser Ausnahmesituation letztlich ausschlägt ist heute noch offen und umkämpft. Bereits gegenwärtig wird auf jeden Fall deutlich, dass mit dieser Krise vieles – was das bisherige Wirtschaften, Arbeiten, Leben betrifft – auf den Prüfstein gestellt wird.

Verantwortbare linke Gesellschafts- und Transformationspolitik versteht eine solche historische Krisensituation nicht als „Geburtshelfer“ eines „revolutionären Umbruchs“, als Chance der „Machteroberung“ zur „Durchsetzung“ eines radikal-antikapitalistischen

Programms. Geschichte und Gegenwart haben gezeigt, dass solche Rebellionen, Aufstände, Putsche letztlich stets in Chaos, Bürgerkriegen und diktatorischen Herrschaftsformen endeten. Diese heutige Krise zu nutzen – um es hier zunächst noch allgemein zu formulieren – heißt für einen demokratischen, sozialen, ökologischen Ausweg aus der Krise einzutreten und dafür einen breiten gesellschaftlichen Konsens anzustreben. Das unterscheidet diese Politik von jenen rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften, die heute versuchen, diese Krise als „Tag X“ für ihre Verschwörungspläne gegen „das System“ zu nutzen.

Entscheidend für Verlauf und Ausgang dieser Krise wird auch sein, welche gesellschaftlichen Deutungen und Lerneffekte im Ergebnis dieser Krise letztlich dominieren und in dieser oder jener Form praktische Gestalt annehmen werden. Während Gesellschaften in „Normalzuständen“ kaum oder nur widerwillig lernen, steigt in solchen Ausnahmesituationen zumindest das Lernpotenzial beträchtlich (Welzer 2020). Diese gesellschaftlichen Lernprozesse zu beobachten und das Lernpotenzial zu befördern, gehört zu den vorrangigen Aufgaben sozialkritischen Denkens und Handelns.

Zweitens: Zum Verhältnis von Markt-Staat/Politik-Gesellschaft

Die seit Ende der 1970er Jahre einsetzende marktliberale Entwicklung hat den „freien“ Markt heiliggesprochen, staatliches Handeln denunziert und das auf sich bezogene Individuum besonders herausgestellt. Die neoliberale Ideologie und Politik scheint mit dieser neuen weltweiten Krise endgültig blamiert. Bereits die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 hatte dieses neoliberale Entwicklungsmodell und Gesellschaftsbild eigentlich schon ad absurdum geführt. Aber weder kam es zum „Zusammenbruch“ noch zu einem gesellschaftspolitischen „Kurswechsel“ (vgl. Vester 2019: 112). Die Unfähigkeit oder Unwilligkeit der einflussreichen Eliten, aus dieser Finanzkrise ernsthaft zu lernen, war bald nicht mehr zu übersehen. Es wurde vielmehr alles getan, um den Status quo ante wieder herzustellen. Doch ein neues, mehrheitsfähiges Projekt (wie z. B. im Fordismus) entstand bis heute nicht. Die Auseinandersetzungen der verschiedenen Kräfte um Führung und Hegemonie, letztlich um ein neues hegemoniales Gesellschaftsprojekt sind seitdem latent und dürften mit dieser Krise und dem Suchen nach Auswegen zunehmen. Gerade heute, wo das Machtverhältnis „Markt-Nichtmarkt“, „Wirtschaft-Politik-Gesellschaft“ endgültig neu geordnet werden müsste. Und plötzlich – angesichts der drohenden systemischen Gefahren – regulierte nun doch zuerst der Staat und nicht der Markt, fielen die „Schwarze Null“ und die Austeritätspolitik, wurden staatlich verordnete Hilfs- und Konjunkturprogramme in großem Umfang aufgelegt, der Sozialstaat reaktiviert und selbst Verstaatlichungen nicht mehr prinzipiell ausgeschlossen. In

dieser jetzigen Situation wird mehr als deutlich, dass der Staat durchaus über Handlungsfähigkeiten verfügt, sich gegen Marktimperative zu stellen und in die gesellschaftlichen Abläufe gestaltend einzugreifen vermag. Vielleicht sei das, so ist zu lesen, eine der hoffnungsvollsten Botschaften dieser Zeit (Jörke 2020). Zu Recht wird gerade in der sozialwissenschaftlichen Diskussion darauf verwiesen, dass politisches Handeln möglich und sinnvoll ist und nicht ökonomischen Zwängen ausgeliefert sein muss (u. a. Rosa 2020). Doch ist in dieser Krisensituation bereits jetzt eine Ambivalenz im staatlich-politischen Handeln nicht zu übersehen. So sind Überlegungen und Schritte eines Krisenausweges in Richtung eines nachhaltigen wirtschaftlichen und sozial-ökologischen Umbaus oder gar von Sozialisierungen der Finanzmärkte nicht zu erkennen – mehr noch – unterstützt werden sollen vor allem die Autoindustrie, die Fluggesellschaften, und sogar Weltunternehmen wie Adidas. Solche staatlichen Schutzschirme stärken dann doch eher das Gestern und schwächen die Zukunft. Und das macht sichtbar, dass der erforderliche sozial-ökologische Wandel nicht allein an *den* Staat, an *die* Politik delegiert werden darf. Aber im Ringen der progressiven Erneuerungskräfte um gesellschaftliche Alternativen und um gangbare Auswege aus der heutigen Krisensituation können diese jetzt zumindest auf das Primat der Politik in der Praxis dieser Krisenbekämpfung, auf die notwendige gesellschaftliche „Einhegung“ und Regulierung des freigesetzten Marktes, auf die Bedeutung der zivilen Selbstorganisation für das Funktionieren der gesamten Gesellschaft und nicht zuletzt auf den momentan so viel gepriesenen Wert „Solidarität“ für das Zusammenleben der Menschen und die Gestaltung der künftigen gesellschaftlichen Beziehungen verweisen und in dieser oder jener Form daran anknüpfen.

Solche gegenwärtig sichtbar werdenden praktischen Erfahrungen sollten mit dem Ausgang dieser Krise nicht mehr wie bislang beiseitegeschoben, sondern in bleibende praktische Politik umgesetzt werden. Die Fehler von 2008/2009 dürften nicht wiederholt werden, heben auch renommierte wissenschaftliche Institutionen und politische Persönlichkeiten im gesellschaftlichen Diskurs hervor (u. a. aus dem WZB, dem DIW, aus Forschungseinrichtungen in Berlin, Jena und Frankfurt am Main). Um einen solchen Diskurs- und Kurswechsel aber tatsächlich zu realisieren, sind zugleich ein größerer gesellschaftlicher Druck und die Herausbildung eines breiten Bündnisses der sozialen und demokratischen Erneuerungs- und Transformationskräfte erforderlich.

Drittens: Öffentliche Güter und Daseinsvorsorge

Die Erfahrung dieser Pandemie hat für alle offenbart, dass ein Gesundheitswesen nicht profitorientiert betrieben werden darf; dass Krankenhäuser nicht geschlossen werden dürfen, weil sie „unrentabel“ seien; dass das medizinische und Pflegepersonal bei weitem nicht angemessen bezahlt wird. All das ist eine Folge der jahrzehntelangen marktliberalen Privatisierung und Enteignung des Öffentlichen. Dort, wo diese Entwicklung am weitesten gediehen war (u. a. USA, Großbritannien, Brasilien, Spanien, Italien), hat die Corona-Pandemie gerade auch zu Beginn die größten Opfer gefordert. Aber selbst in Deutschland hat sich seit Anfang der 90er Jahre die Anzahl der Krankenhäuser um fast 20 Prozent und die Zahl der Krankenhausbetten um nahezu 30 Prozent verringert und wurde das medizinische Personal abgebaut. Deshalb bestand auch im deutschen Gesundheitssystem die Gefahr, dass im Fall einer solchen sich ausbreitenden Pandemie schnell die Belastungsgrenze der Intensivmedizin erreicht werden könnte (Neckel 2020: 17).

Die Öffentlichen Güter und die Daseinsvorsorge als elementare Bereiche der Gesellschaft – also Gesundheit, Bildung, Wohnen, Mobilität, Kultur und Kommunikation – sind deshalb von freigesetzten Marktkräften und dem Profitprinzip zu lösen. Das wird im jetzigen sozialen Ausnahmezustand tagtäglich klarer. Und die im Niedriglohnsektor sowie prekär Beschäftigten, die plötzlich zum Garanten der Infrastruktur wurden, verdienen nicht nur hohe moralische Anerkennung, sondern brauchen tarifvertraglich geregelte Arbeitsverhältnisse mit gutem Einkommen. Diese soziale Krise mit ihren vielfältigen Jobverlusten und sozialen Abstiegen verweist jedoch auch auf die Notwendigkeit eines existenzsichernden Grundeinkommens. Nicht zuletzt geht es gerade im Bereich der Öffentlichen Güter und Daseinsvorsorge um Formen öffentlichen Eigentums; um die Stärkung regionaler Kooperationen und von Formen der Kreislaufwirtschaft. Auch ist die Nützlichkeit und Unverzichtbarkeit gesellschaftlicher Leistungen – wie sich mit dieser Krise deutlich zeigt – neu zu bewerten, ja im Gegensatz zur heutigen Praxis umzubewerten. Schließlich wird in dieser Ausnahmesituation ebenfalls recht deutlich, dass die bislang im kapitalistischen Profitstreben an den Rand gedrängte Reproduktionsökonomie und öffentliche Daseinsvorsorge in der Wertigkeit gesellschaftlicher Leistungen und bei der Staffelung der Einkommensskala endlich einen vorrangigen Platz einnehmen muss.

Wolfgang Streeck entwickelte (bereits vor der Corona-Krise) in diesem Zusammenhang das weiterführende Konzept einer demokratischen, gradualistischen, von unten nach oben aufbauenden „gemeinnützigen Fundamentalökonomie“, das die einseitige Verteilungsperspektive der Linken überwinden und aus seiner Sicht „zum Ausgangspunkt

einer Erneuerung der, oder besser: einer, demokratischen Linken werden“ könnte (Streeck 2019:100/101).

Angesichts der Erfahrungen vieler mit den Auswirkungen der Pandemie auf ihren Lebensalltag könnten solche mach- und erfahrbaren Alternativen für sozio-ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen auch am ehesten in der Bevölkerung eine breitere Zustimmung erfahren.

Viertens: Corona-Krise und Umweltkrise

Die Corona-Krise scheint – zumindest in Politik und Öffentlichkeit – die Umwelt- und Klimakrise verdrängt zu haben. Zu Unrecht. Denn zum einen weisen beide zunächst Ähnlichkeiten auf (Globalität, Betroffenheit, vorderer Platz in der Wahrnehmung der Menschen). Zum anderen ist die Corona-Krise ganz und gar nicht unabhängig von der Umweltkrise entstanden (in diesem Sinne ist sie sogar „hausgemacht“). Fachwissenschaftler verweisen darauf, dass die Pandemie, die wir gerade erleben, in engem Zusammenhang steht mit dem Vordringen der Menschen in immer entlegene ökologische Räume, mit dem Klimawandel, der Zunahme des Reiseverkehrs und der internationalen Verflechtung bei der Lebensmittelversorgung ebenso wie mit dem Wachstum infektionsgefährdender Bevölkerungsgruppen und Intensivpatienten (Poczka 2020).

Die Erfahrungen dieser Pandemie verdeutlichen erneut, dass das Verhältnis Gesellschaft-Umwelt-Natur neu zu durchdenken und zu gestalten ist. Wie abhängig Gesellschaften von der Natur sind, erleben wir gegenwärtig in aller Dramatik. Das alte Fortschrittsmodell kann nicht mehr fortgeschrieben werden. Fortschritt als „Sieg“ des Menschen über die Natur verwandelt sich in Niederlagen (Strasser 2015), schlägt seit langem und inzwischen mit aller Wucht in das Gegenteil um. Es geht deshalb um ein neues Fortschrittsverständnis, in dem der notwendige nachhaltige, solidarische Umgang mit der Natur auf einen nachhaltigen, solidarischen Umgang zwischen den Menschen und in der Gesellschaft basiert. Beide, Corona- und Umweltkrise verlangen – so lautet eine Schlussfolgerung – gesellschaftliche Veränderungen.

Schließlich aber bestehen zwischen Corona-Krise und Umwelt-/Klimakrise erhebliche Unterschiede. Die gegenwärtige Pandemie ist zeitlich begrenzt und gegen diese Infektionskrankheit wird es (hoffentlich bald) ein Medikament und einen Impfstoff geben. Die Umweltkrise hingegen ist zeitlich nicht begrenzt, ein Zurück in den Ausgangszustand ist nicht denkbar. Mehr noch: Kommt es in der Umwelt- und Klimafrage nicht zu einer Richtungsänderung, wird sich diese Krise weiter vertiefen und verschärfen. Dabei könnten

zumindest bestimmte Erfahrungen im Umgang mit der Corona-Krise – z. B. das enge Zusammenwirken von Wissenschaft und Politik; klare und verbindliche Maßnahmen zur Eindämmung der Krise, Verbote und Gebote zu deren Umsetzung; Information der Öffentlichkeit; strikte Einbeziehung der Gesellschaft – eine Anregung sein auch für den Umgang mit der Klimakrise. Doch anders als bei der Corona-Krise darf für eine Lösung der Klimakrise das öffentliche Leben nicht stillgelegt, die Demokratie nicht eingeschränkt werden, sondern sind im Gegenteil breite gesellschaftliche Debatten nötig und vielfältige, machbare und den Menschen zum Vorteil gereichende Alternativen zu realisieren (Kemfort 2020).

Letztlich bleibt jedoch jetzt und besonders nach der Corona-Zeit die Erkenntnis relevant: Angesichts des „expansiven kapitalistischen Steigerungsspiels“ (Naomi Klein) und des damit die Natur (Boden, Landschaft, Wasser, Meere) zerstörenden Ressourcenverbrauchs und des sich vollziehenden Klimawandels wird der ökologische Umbau zur wichtigsten Aufgabe der Zukunftssicherung und zur Bedingung der „Rettung unseres Planeten“.

Das gegenwärtig in Angriff zu nehmende wirtschaftliche „Investitions- und Wiederaufbauprogramm“ muss deshalb vor allem sozial-ökologisch ausgerichtet sein und somit einer anderen, nachhaltigen Wirtschafts- und Wachstumslogik folgen. Ob und wie dies gelingt, wird zeigen, ob der Weg aus dieser Krise ein Weg des Richtungswechsels und der Öffnung hin zu einem sozial-ökologischen New Deal sein wird. Die Weichen dafür werden jetzt gestellt, weshalb diese Entscheidungen nicht allein den Regierenden und dem Druck der Lobbygruppen überlassen werden dürfen, sondern ein echtes Eingreifen der Bürgergesellschaft und der NGO's erfordern.

Fünftens: Wandel der Lebensweise

Diese Krise hat die gewohnte Lebensweise der meisten Menschen - nicht immer freiwillig - beträchtlich verändert. Sichtbar wurde nun bei Vielen ein Verhalten, gerichtet auf das Wesentliche, ein Verzicht auf unnötigen Konsum und unnötige Reisen, die Suche nach regionalen Produkten, ein Besinnen auf mehr immaterielle Werte. Und der Arbeitsprozess von nicht wenigen Beschäftigten ist durch Homeoffice und vermehrte digitale Kommunikation gekennzeichnet.

Solche Praktiken und Erfahrungen könnten durchaus einen Boden dafür bereiten, was seit längerem international unter „Gutes Leben“ für alle diskutiert wird. Es handelt sich bei diesen Überlegungen nicht darum, den berüchtigten Gürtel enger zu schnallen. Im Gegenteil geht es um ein „Gutes Leben“ – verstanden jedoch nicht als weitere Steigerung des Massenkonsums,

sondern als gute und sinnvolle Tätigkeit mit gerechten Entlohnungen; als Anerkennung der Würde des Menschen; als soziale Sicherheit; als gleichberechtigter und kostengünstiger Zugang zu den öffentlichen Gütern, der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Gesundheitsvorsorge, Pflege, Wohnung, Mobilität, Bildung, Kultur, Netz; als mehr frei verfügbare Zeit für Muße und Erholung. Die mit der Corona-Krise verbundenen massiven persönlichen Gefährdungen könnten allerdings – wie sich bereits jetzt in den verschiedenen Protestformen offenbart – auch der Frage nach Freiheit, Sicherheit und individuellem Schutz in der Nach-Corona-Zeit ein ganz neues Gewicht verleihen. Die parteipolitische und gesellschaftliche Linke bräuchte hier neue Antworten. Auch, um die realen Ängste und Verunsicherungen in Teilen der Bevölkerung aufzugreifen und den Bestrebungen rechtspopulistischer Kreise und von Verschwörungsstrategen, die diese anheizen und manipulieren, offensiv zu begegnen.

Mit der Corona-Krise gewinnt zugleich die soziale Frage eine neue Dimension. Schon jetzt zeigt sich, diese Pandemie trifft zwar alle – aber doch recht ungleich. Die einen verlieren ihre Arbeit, ihr Geschäft, ihr kleines Unternehmen, ihre Selbständigkeit; die anderen und besonders die großen Firmen bekommen enorme Staatshilfe und die DAX-Vorstände weiterhin ihre Millionengehälter plus Boni. Die einen – Familien mit mehreren Kindern – leben isoliert in ihren oft viel zu beengten Wohnungen, die anderen ziehen währenddessen in ihre Wochenend- und Ferienhäuser im Grünen. Vor allem auch im Bildungsbereich und in der Kinderbetreuung hat diese Krise bereits jetzt – wie eine Reihe Untersuchungen (u. a. WZB) belegen – die soziale Polarisierung vertieft.

Die Bewältigung der Corona-Krise und ihrer weitreichenden Folgen ist und wird teuer. Die Auseinandersetzung um eine gerechte Verteilung der mit ihr verbundenen hohen finanziellen und materiellen Kosten wird in der Nach-Corona-Zeit auf jeden Fall immer mehr in den Mittelpunkt rücken. So fordern u. a. Gewerkschaften und soziale Bewegungen, dass nicht wieder wie in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 die Verluste sozialisiert und die Gewinne privatisiert werden. Der Ruf nach einer Vermögensabgabe und einem „Lastenausgleich“ hat deshalb seine volle Berechtigung und könnte – auch mit den guten historischen Erfahrungen in der Nachkriegsära der Bundesrepublik begründet – breitere gesellschaftliche Akzeptanz finden.

Und wenn die aus der Krise resultierenden drängendsten Nöte und sozialen Belastungen zumindest teilweise eingeschränkt werden könnten, verlangt eine langfristige soziale Alternative in der Nach-Corona-Ära darüber hinaus dann auch Schritte in Richtung einer Umverteilung von Arbeit, Einkommen, Reichtum, Vermögen und Machtpositionen. Es geht

damit um den Abbau der seit den 1980er Jahren auch in den westlichen Gesellschaften stark angewachsenen sozialen Ungleichheit und um Öffnungen (u. a. über Vermögensabgabe; progressive Besteuerung von Besitz, Einkommen und Erbe; Demokratisierung und betriebliche Mitbestimmung) hin zu einer mehr egalitären Gesellschaft (Piketty 2014 und 2019). Wenngleich es auch kein Zurück in die Zeit des klassischen New Deal geben kann, so ist der Verweis darauf, dass dieser sich durch ein relativ hohes Maß an sozialer Gleichheit und damit durch ein alles in allem lange Zeit gut funktionierendes Gemeinwesen auszeichnete, für die Suche nach aktuellen Krisenauswegen nicht unangebracht. Dem New Deal ging damals ein massiver sozialer Druck von unten voraus, aber auch eine beachtliche Lernfähigkeit einflussreicher Teile der Eliten. Freilich war der New Deal dann Mitte/Ende der 1970er Jahre nicht mehr dem Angriff des Neoliberalismus gewachsen, auch weil er sich nicht den neuen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Herausforderungen zu stellen vermochte.

Nicht zuletzt gewinnt mit dieser Krisensituation auch die demokratische Frage ein neues Gewicht. Gilt es doch zuerst, die in der Krise von oben verfüigten massiven Einschränkungen der individuellen und kollektiven Rechte und Freiheiten der BürgerInnen alsbald wieder aufzuheben. Mehr denn je geht es um die Verhinderung der schrittweisen Installierung eines Überwachungsstaates und um die Verteidigung und Sicherung des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates. Denn nicht autoritäre Modelle, sondern allein demokratische Verfahren, Transparenz und öffentliche Debatten in Politik und Bürgerschaft sind ein Garant für gemeinsame Suchprozesse aus der Krise und für die Gestaltung der Nach-Corona-Ära. Und die gegenwärtig – zumeist aus der Not der Krise – entstandene zivilgesellschaftliche Selbstorganisation könnte sich dann möglicherweise auch noch als eine Chance auf dem Weg zur individuellen und kollektiven Selbstermächtigung der BürgerInnen erweisen. Das aber macht es notwendig, rechtzeitig die Einschränkungen der Grund- und Freiheitsrechte zu überwinden, denn bei längeren Fristen könnten sich in Teilen der Bevölkerung Gewöhnungs- und Anpassungsmomente an autoritäre Regierungsformen und Praktiken ausbreiten. Es mahnt auf jeden Fall zur Vorsicht, wenn man sieht, wie populistische Politiker wie Trump oder Orban die Krise nutzen, um ihr autoritäres Modell gegen alle Widerstände durchzusetzen. Das steht in Deutschland gegenwärtig so nicht an, und der Wunsch einer Mehrheit – im Gegensatz zu allen Verschwörungsideologen – nach demokratischer Stabilität dominiert. Doch Stimmungen können – wie Gegenwart und Geschichte belegen – auch schnell kippen. Demokratie muss daher gerade in Krisenzeiten gegen alle rechtspopulistischen und rechtsextremen Kreise aktiv verteidigt und durch neue Formen der Einbeziehung der BürgerInnen auch erweitert werden. Für die Nach-Corona-Ära wird die Art und Weise des

Umgangs mit der Demokratie-Frage, wie schon die gegenwärtigen Auseinandersetzungen, Proteste und Demonstrationen unterschiedlicher Kreise und gesellschaftlicher Gruppen zeigen, zu einem wichtigen Prüffeld des weiteren Entwicklungsweges werden. Und dies in globaler, europäischer und nationalstaatlicher Hinsicht (s. dazu auch Strasser 2020).

Sechstens: Corona-Krise und Globalisierung

Globalisierung und „freier Welthandel“ galten bislang im ökonomischen Mainstream an sich als gut.

Die Corona-Krise hat nun die Frage nach der Globalisierung und deren Zukunft neu gestellt. Zunächst wird gerade in diesen akuten Krisenzeiten deutlich, dass die bisherige Art und Weise der Globalisierung den Nord-Süd-Gegensatz, den Gegensatz zwischen den Regionen und den zwischen Reichtum und Armut weiter vertieft hat. Und es ist andererseits auch nicht zu übersehen, dass globale Institutionen wie UN und UN-Sicherheitsrat oder multilaterale Zusammenschlüsse wie G 7, G 20 in dieser Krise bislang recht passiv geblieben sind. Auch die EU hat erst spät und zunächst engstirnig reagiert. Es waren vor allem die Nationalstaaten, die Regionen, die Kommunen, die bei der Bekämpfung dieser Infektionskrankheit als Hauptakteure wirkten.

So oder so hat diese Krise bereits jetzt deutlich gezeigt, dass Regionen, regionale Wirtschaftskreisläufe, regionale Erzeugnisse und regionale Lebensweisen künftig einen Aufwind erfahren dürften.

Die Corona-Krise also vielleicht doch als genereller Abgesang von Globalisierung? Die Antiglobalisierungstiraden und -praktiken der Populisten, Nationalisten und Rechtsextremisten werden – wenn sie gerade zu Beginn der Corona-Krise (u. a. USA, Großbritannien, Brasilien) auch in eine gewisse Defensive gerieten – wieder zunehmen und damit auch der Protektionismus. Aber auch unter Teilen der Arbeiter und der Mittelständler, die sich weltweit großen Bedrohungen gegenüber sehen, könnten Anti-Globalisierungsstimmungen anwachsen.

Eine grundlegende Absage an die Globalisierung – wie sie auch in gesellschaftskritischen Debatten anklingt – wäre jedoch die falsche Antwort auf diese Pandemie und ihre Folgen. Schon weil diese selbst eine globale Erscheinung ist und nur durch globale Kooperation, durch internationale Hilfsmaßnahmen, durch raschen Austausch von Informationen gerade im Bereich der medizinischen Forschung bewältigt werden kann. Und eine Ausbreitung der Pandemie in Afrika würde angesichts eines desolaten Gesundheitssystems, des fehlenden

Zugangs zu Wasser und Grundnahrungsmitteln zu noch mehr Hungersnöten und zu Millionen Opfern führen. Hier sind besonders die entwickelten Länder – und gerade auch die EU – zu schnellem und solidarischem Handeln aufgefordert. Inzwischen dürfte klar geworden sein, dass die Zeiten, wo „fernes“ Elend, „ferne“ Hungersnöte, „ferne“ Bürgerkriege die „Wohlstandsinseln“ verschonen könnten, vorbei sind. Denn wir leben heute in *e i n e r* Welt. Globale Zusammenarbeit – das gilt gerade auch hinsichtlich der Bewältigung der Klimakrise, der Flüchtlingskrise, der weltweiten Ernährungskrise.

Es geht künftig eher um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Globalisierung, De-Globalisierung und Re-Regionalisierung. Dieses bedingt zunächst und vor allem, dass statt der von Finanzhain, internationalen Konzernen und Handels гигантен getragenen profit- und machtorientierten Globalisierung mit ihrer Ausbeutung von Natur, Ressourcen und Menschen (gerade auch in den Entwicklungsländern) sich eine Globalisierung und internationale Zusammenarbeit durchsetzt, die auf soziale, ökologische, demokratische und friedensstiftende Grundsätze basiert

Das erfordert eine soziale Begrenzung und Steuerung auch des globalen Marktes, der „negativen Globalisierung“ schrittweise eine „positive Globalisierung“ entgegenzustellen – u. a. durch verlässliche Institutionen der weltweiten Kooperation und Regulierung (Meyer 2020). Denn die Alternative kann nicht Abschottung, Nationalismus oder Kampf um globale militärische und politisch-strategische Hegemonie lauten, sondern Multilateralismus, Friedenssicherung und gedeihliche internationale Zusammenarbeit zum Wohle schließlich jedes Landes und Erdenbewohners. Noch freilich ist kein Akteur in Sicht, der eine solche globale Kooperation schmieden könnte. Vielleicht bilden sich – so Michael Zürn vom WZB – neue „Koalitionen der Kompetenten“ aus denen, die diese jetzige Krise erfolgreich meistern, heraus (Zürn 2020).

Siebtens: Neuer Entwicklungspfad

Diese Krise lehrt vor allem: So wie bisher kann es nicht weitergehen. Nötig ist eine grundlegende Reorganisation und Transformation von Wirtschaft, Gesellschaft und menschlichem Zusammenleben. Denn diese Krise kann nicht allein auf individueller Ebene – wie die sicher gut gemeinten Appelle vieler Politiker den BürgerInnen ihres Landes offerieren – bewältigt werden, sondern erfordert zugleich grundlegende Wandlungen und auch Neugestaltungen der dominierenden ökonomischen, sozialen, politischen Strukturen und Institutionen. Auch das ist eine Lehre aus der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009, wo gerade dieser Umbau völlig unterblieb. „Die liberale Elite in Politik und Wirtschaft“ aber, so

der Historiker Phillip Blom, „versucht, diese sich auftürmenden Probleme innerhalb der bestehenden Strukturen, Institutionen und Prozeduren zu lösen. Dabei läuft sie immer Gefahr, Politik für das 20. Jahrhundert zu machen... So entsteht der Eindruck, das politische System sei ausschließlich an seinem Selbsterhalt interessiert“ (Blom 2017: 178).

Wenn heute im Kontext dieser neuen Krise über soziale, ökologische und politische Wandlungen nachgedacht wird, dann zeigt sich auch folgendes: Die bereits *vor* dieser Krise *diskutierten* Alternativen – z. B. über Klimaschutz und Postwachstum, über ungehinderte Zugänge zu öffentlichen Gütern, darüber, ob allein der Konsum Zufriedenheit und Glücklichkeit stiftet – und in Nischen und Freiräumen der Gesellschaft schon *praktizierten* (z. B. ökologische Energiedörfer, Tauschringe, Formen Solidarischer Ökonomie, gemeinnützige Produktions-, Wohnungs-, Konsum-, Handelsgenossenschaften und kleine Banken) werden nun noch präsenter. Ebenso das damit verbundene und zunehmende „Unbehagen am kapitalistischen Profitstreben“, wie es in repräsentativen internationalen Umfragen (gleichzeitig in 28 Ländern) konstatiert wurde (FAZ v. 21.01./25.01.2020). Diese Krise hat nun plötzlich latente gesellschaftliche Probleme sichtbar gemacht.

Manches also könnte und müsste erst einmal aus der Nische sozusagen in den Mainstream befördert werden. Denn Gesellschaftstransformation beginnt im Hier und Heute – oder gar nicht. Die Krise befördert und erfordert eben gerade nicht die „große Entscheidungsschlacht“, sondern die Prozesse beständiger, heftiger Kämpfe und Auseinandersetzungen um Progression vs. Regression, um Transformation vs. Restauration. Oder konkreter formuliert: Es geht für alle Reform- und Transformationskräfte gerade in der Nach-Corona-Ära zuallererst um die *Verteidigung* der sozialen und demokratischen Errungenschaften und Rechte gegen Versuche des Sozialabbaus, der Abwälzung der Krisenlasten auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung, gegen neue Formen der Austeritätspolitik und gegen Beschränkungen der demokratischen Bürger- und Freiheitsrechte.

Die Transformations- und Erneuerungskräfte setzen darüber hinaus auf gangbare soziale, demokratische und ökologische *Reformen* – z. B. auf die bereits erwähnte Vermögensabgabe und einen Lastenausgleich, auf gleichberechtigten und kostengünstigen Zugang zu den öffentlichen Gütern und der öffentlichen Daseinsvorsorge, auf gemeinnützige Pflegeeinrichtungen, auf eine sozial verträgliche Energiewende, auf neue Formen emanzipativer Demokratie, auf eine gemeinsam abgestimmte Sozialgesetzgebung in der EU. Alternativen und Reformen also, die die Alltagsorgen und -probleme der Menschen aufgreifen und ihre Lebensbedingungen verbessern und zugleich schrittweise auf einen neuen Entwicklungspfad hinwirken. Denn diese Krise hat die Defizite und die Schwächen des

bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells offengelegt, aber auch auf dessen Stärken und Entwicklungspotenziale verwiesen. Notwendig wäre in der Nach-Corona-Ära daher die Entfaltung eines öffentlichen Diskurses, der die verschiedenen Anregungen und Argumente abwägt, wie die Gesellschaft weiter aus der Krise herauskommt und vor allem wie eine „gute Gesellschaft“, die ein „sicheres und gutes Leben“ für alle garantiert, aussehen sollte und wie der Weg dorthin gemeinsam möglich werden könnte. Es ginge um eine Prüfung dessen, was sich in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft bewährt hat, was reformiert und was völlig neu gestaltet werden muss. Zur Verarbeitung dieser Krisen-Erfahrungen sollten z. B. auch neue Institutionen bürgerschaftlicher Mitsprache und Mitentscheidung auf allen gesellschaftlichen Ebenen gebildet werden.

Allerdings können heute die konkreten Wege aus der Corona-Krise und die Gestalt der Nach-Corona-Ära im Einzelnen nicht vorausgesagt werden. Sie werden sich auch von Land zu Land und von Region zu Region unterscheiden. In Abhängigkeit von der weiteren Entwicklung der Kräfteverhältnisse sind verschiedenartige und entgegengesetzte Szenarien und Entwicklungstendenzen möglich: von Isolation, Abschottung, einem „Festungskapitalismus“ oder autoritären Kapitalismus über Szenarien möglicher gesellschaftlicher „Einhegungen“ des ungebremsten Marktes und internationaler Kooperationen bis hin zu Öffnungen und Schritten auf dem Weg zu einem reformierten Sozialstaatsmodell und einem Green New Deal. Für alle drei Entwicklungsszenarien sind heute im globalen, im europäischen und im nationalen Maßstab Ansätze, Kräftekonstellationen, politische Programme zu erkennen (s. auch Rodrik 2020).

Hierzulande gibt es unter den dominierenden Eliten gegenwärtig sowohl zunehmende Proklamationen, Anzeichen, Bestrebungen, die auf eine Rückkehr zur Vergangenheit, zur „markoliberalen Ordnung“, zum „Abbau der Staatsverschuldung“ im Sinne der Wiederkehr der Schuldenbremse hindeuten; als auch Anzeichen für Versuche einer stärkeren „gesellschaftlichen Einbettung“ des lange Zeit freigesetzten Marktes und einer aktiveren Rolle des Staates und der Politik. Dazu könnten dann auch eine gewisse Korrektur der bisherigen Globalisierung, eine etwas stärkere Betonung der Klimafrage, der Digitalisierung von Arbeitswelt und Schule gehören. Ein wachsender Problemdruck in der Nach-Corona-Ära könnte die Gewichte sowohl in die eine wie in die andere Richtung verschieben.

Ein neues, gar mehrheitsfähiges Nachkrisen-Gesellschaftsprojekt zeichnet sich bislang nicht ab. Dies könnte auf intellektueller und politisch-strategischer Ebene auch die Zeit für eine neue, breite, demokratische Linke sein. Die Auseinandersetzung um das künftige Gesellschaftsprojekt dürfte jedoch noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Ein

anpassungsfähiger Kapitalismus – verstanden nicht als Totalität, sondern als hybride und in sich widersprüchliche Struktur- und Zusammenhangsform (Erik O. Wright) – wird auch diese Krise überleben.

Aber Chancen für progressive Reformen und gesellschaftliche Umwandlungen auf dem Weg zu einem anderen, sozialeren, demokratischeren, ökologischeren Entwicklungspfad sind gegeben. Die sozialen und demokratischen Erneuerungs- und Transformationskräfte setzen auf einen solchen *Richtungswechsel und Wandel des Entwicklungspfades*; wohlwissend, dass dieser Transformationsweg Prozesscharakter trägt und nur Schritt für Schritt Gestalt annehmen kann. Viel wird davon abhängen, *welche* der in der jetzigen Krise entstandenen neuen gesellschaftlichen Praktiken, Erfahrungen und Lerneffekte sich gesamtgesellschaftlich verdichten und in der Nach-Corona-Ära den Zeitgeist dominieren. Das bleibt vorerst offen. Dieser langfristige, strategische Transformationsansatz zielt letztlich nicht darauf, den Status quo, also das marktliberale ordnungspolitische Modell zu verfestigen, das auch diese Krise ursächlich hervorgebracht hat, sondern darauf, dass sich die Gesellschaft schließlich auf der Grundlage einer neuen Entwicklungslogik/-weise bewegt. D. h.

- Übergang vom bisherigen expansiven Steigerungsspiel (immer mehr, immer höher, immer schneller) zu einem nachhaltigen Entwicklungstyp, d. h. zu einer ressourceneffizienten und ausschließlich umweltkompatiblen Wirtschaftsweise;
- Übergang vom bislang alles bestimmenden Rendite- und Profitprinzip zum dominierenden Gemeinwohlprinzip.

Nachhaltigkeit und Gemeinwohl als neues Selektionskriterium für wirtschaftliche und soziale Entwicklung und für Innovationen sowie als Voraussetzung für eine solidarische Lebensweise und für eine selbstbestimmte individuelle Lebensführung.

Das kann dann auch als „Zweite Große Transformation“ der Neuzeit bezeichnet werden (ausführlicher in: Reißig 2019: 156-223). Denn damit könnte sich nach der „Ersten Großen Transformation“ (Polanyi 1944/1978) und der damit verbundenen Forcierung der industriellen kapitalistischen Produktionsweise mit ihrem systembedingten expansiven Steigerungsspiel ein historisch neuartiger, eben nachhaltiger, sozialer, ökologischer und demokratisch-emanzipativer Entwicklungspfad herausbilden.

Das wird nicht ohne den grundlegenden Umbau des bestehenden finanzkapitalistischen Akkumulations- und Entwicklungsmodells möglich sein; jedoch nicht als totaler Umbruch des „Systems“, sondern zugleich in Anknüpfung an die entwicklungsfähigen sozialen, demokratischen, materiellen, wissenschaftlichen und kulturell-mentalene Potentiale dieser Gesellschaft. Und selbstverständlich sind die historisch herausgebildeten und vielfach gerade

von der Arbeiterbewegung erkämpften Institutionen moderner Gesellschaften wie Demokratie, Rechtsprechung, individuelle und kollektive Bürger- und Freiheitsrechte, gesellschaftlicher Pluralismus und eingebettete Märkte unverzichtbare Voraussetzungen und künftige Bestandteile eines solch grundlegend gewandelten Entwicklungspfades. Die Herausforderung des 21. Jahrhunderts, wie auch diese globale und gesamtgesellschaftliche Krise im Kleinen und Großen deutlich offenbart, lautet zusammengefasst: Wie kann mit einem neuen Entwicklungsmodell/-pfad ein gutes, sicheres und kulturvolles Leben für alle erreicht werden. Nur eine solche sozial-ökologische und demokratisch-emanzipative Gesellschaftsform wird auf Dauer resilient und zukunftsfähig sein. Und die Frage nach einer solchen krisenfesteren, resilienten und zukunftsfähigen Gesellschaftsform dürfte nach dieser einschneidenden Krise und den damit verbundenen Erfahrungen an Bedeutung gewinnen – und unterschiedliche Antworten hervorbringen. Ein deutlich umrissenes Leitbild der demokratischen Linken wird daher wieder zu einer wesentlichen Voraussetzung für die Motivierung und Mobilisierung der heterogenen gesellschaftlichen Wandlungskräfte wie auch für überzeugende Antworten auf die Fragen der Alltagspraxis und Zukunftsgestaltung. Es wird in der Nach-Corona-Zeit – das zumindest lässt sich heute schon sagen – politischer zugehen und der Streit im Grundsätzlichen zurückkehren (Engler 2020: 18). Die in der Nach-Corona-Zeit dominierenden Themen zeichnen sich m. E. heute bereits ab: Sozialstaat; Gesundheitssystem und Daseinsvorsorge; Freiheit und Schutz des Individuums; Verhältnis von Mensch und Gesellschaft zur Natur; regionale Entwicklungen und Lebensweisen; Sozial-ökologische Transformation und Solidargesellschaft. Zukunft wird damit wieder denkbar und nicht mehr als verlängerte Gegenwart abzuhaken sein. Zumindest das lässt hoffen. Und das bietet dann auch neue Möglichkeiten und Chancen für progressive gesellschaftliche Koalitionen.

Literatur

Blom, Philipp (2017): Was auf dem Spiel steht. München.

Engler, Wolfgang: Das infizierte Wir, in: Berliner Zeitung vom 21.04.2020, S. 18.

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Deutsche zweifeln am Kapitalismus, vom 21.01.2020, S.17.

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Kapitalismus am Pranger, vom 25.01.2020.

Göbel, Maja/Pinzler, Petra: Natürlich geht es, in: Die Zeit vom 14.05.2020, S. 5.

Jörke, Dirk: Der Staat ist zurück, oder das Ende der Alternativlosigkeit, YouTube:

@Frankfurter Debatte.de, 09.04.2020.

Kemfert, Claudia: Warum ist eine kluge Energiewende nicht teuer? YouTube-ARD, 11.02.2020.

Merkel, Wolfgang: Das Virus und der Wettlauf der Systeme, in: www.wzb.eu vom 16.04.2020.

Meyer, Thomas: Das Gebot der Stunde, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte H. 5/2020, S. 15/16.

Neckel, Sighard: Die Polarisierung wird zunehmen, in: Berliner Zeitung vom 25.03.2020, S. 17.

Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München; ders. (2019): Kapital und Ideologie, München.

Poczka, Irene: Vor den nächsten Pandemien, in: Neues Deutschland vom 14.04.2020, S. 4.

Polanyi, Karl (1944/1978): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, 3. Aufl. Frankfurt am Main.

Reißig, Rolf (2019): Transformation von Gesellschaften. Eine vergleichende Betrachtung von Geschichte, Gegenwart und Zukunft, Marburg.

Rodrik, Dani: Corona wird die Welt nicht zum Positiven verändern, in: IPG-Online-Journal (Hg. FES) vom 14.04.2020.

Rosa, Hartmut: Interview im SWR vom 28.04.2020, YouTube.

Saxer, Marc: Epochenbruch, in: IPG-Online-Journal (Hg. FES) vom 18.03.2020.

Steg, Joris: Die Corona-Pandemie wird die Welt nachhaltig verändern, in: IPG-Online-Journal (Hg. FES) vom 30.03.2020.

Strasser, Johano (2015): Das Drama des Fortschritts, Berlin.

Strasser, Johano: Der Ernstfall und der Ernstfall danach, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte H. 5/2020, S. 10-14.

Streeck, Wolfgang (2019): Der alltägliche Kommunismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Berlin, H. 6, S. 93-105.

Vester, Michael (2019): Vor einem Kurswechsel? Die strukturellen Schief lagen des deutschen Modells und der Kampf um seine Transformation, in: Michael Thomas, Ulrich Busch (Hg.): Transformation im aktuellen Kontext. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Bd. 58, Berlin, S. 91-123.

Welzer, Harald: NDR-Doku „After-Corona-Club“, YouTube, 09.04.2020.

Wright, Erik O. (2017): Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus, Berlin.

Zukunftsinstitut Frankfurt am Main: Der Corona-Effekt. Vier Zukunftsszenarien, 2020.

Zürn, Michael: Globalisierung nach Corona: Zurück in die Zukunft?, in: www.wzb.eu vom 03.04.2020.